

Der Staat soll's richten

Von Nationalrätin Esther Friedli, SVP, Ebnet-Kappel

«Mehr Freiheit, weniger Staat» galt Jahrzehntlang als Erfolgsrezept der Schweiz und als Parole einer der staatstragenden Parteien. Doch leider war das mal. Heute gilt immer mehr die Devise, staatlich verschonte Bereiche oder regelarme Räume müssen vom Staat kontrolliert und wenn immer möglich neu reguliert werden.

Dieser umfassende Staatsausbau wird im Parlament immer rascher vorangetrieben. Die Vorstossflut, Regeldichte und der Interventionismus nimmt von Session zu Session zu, es gibt schon fast einen Wettbewerb dazu. Wurden vor 15 Jahren pro Legislatur von den Parlamentariern noch etwa 5000 Vorstösse eingereicht, waren es in der letzten Legislatur bereits fast 10'000 Vorstösse und in der aktuellen Legislatur werden wir dies nochmals toppen. Mitte-Links-Politiker reichen während den Sessionen täglich Vorstösse ein unter dem Motto «Was hat der Staat bis jetzt noch nicht geregelt, was soll er noch tun». Und Gesetzesvorlagen werden mit Verboten, Detailregelungen und Staats-Personalausbau angereichert.

Ich mache bei diesem Staatsausbau im Parlament nicht mit – doch leider bin ich zu oft in der Minderheit. Es kann nicht sein, dass wir alles frei nach dem Motto «der Staat soll's richten» delegieren und regulieren. Es kann nicht sein, dass wir die Unternehmer mit immer noch mehr Bürokratie am Arbeiten hindern, dass wir die Bürger staatlich vor jedem Risiko schützen oder ihr Verhalten und Leben lenken. Denn je mehr wir verstaatlichen, umso mehr entmündigen wir die Bürger. Umso mehr schränken wir das eigenständige Denken und Handeln ein. Umso mehr wird resigniert – frei nach dem Motto «Der Staat richtet' schon». Diese Spirale müssen wir durchbrechen. Wir müssen wieder zurückkommen zu dem, was die Schweiz erfolgreich gemacht hat. Zu einer Schweiz, in der die Bürger eigenverantwortlich handeln und denken, Probleme lokal oder privat lösen und «sozial» ist, wer sich selber schaut, wer nachbarschaftlich hilft, sich ehrenamtlich betätigt und nicht wer möglichst viel Staatsgeld abholt und verteilt. Denn das sind moderne Abzocker!

Wenn die Politik nicht handeln will, dann müssen es halt die Stimmbürger machen. Nächste Gelegenheit dazu gibt es am 13. Februar 2022: Nein zum Ausbau von Staatsmedien, Nein zu Forschungsverböten, Nein zu Werbeverböten aber dafür Ja zu steuerlichen Entlastungen. Falls sie so stimmen, leisten sie einen wichtigen Beitrag, dass der Staat nicht noch mehr ausgebaut wird. Dafür danke ich Ihnen.